



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Arbeitsgruppe Anerkennung –  
gegen Genozid, für Völker-  
Verständigung e.V.  
Postfach 41 10 24  
12120 Berlin

Dr. Christian Nell  
Vortragender Legationsrat  
Referat 211  
Sicherheits- und Abrüstungspolitik,  
Bilaterale Beziehungen zu USA, Kanada,  
Nord-, West-, und Südeuropa sowie zur Türkei

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2248  
FAX +49 30 18 400-1818  
E-MAIL christian.nell@bk.bund.de

Berlin, 3. Juni 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. April 2013 an die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Erforschung der tragischen Ereignisse von 1915/16 unabhängigen Historikern vorbehalten bleiben sollte. Auf dieser Grundlage kann eine objektive Bewertung dieser Ereignisse vorgenommen werden. Die Bundesregierung hat daher die vorhandenen Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes ohne jede Einschränkung für die wissenschaftliche Forschung zugänglich gemacht.

Die Bundesregierung sieht die Aufarbeitung der Ereignisse von 1915/16 in erster Linie in der Verantwortung der betroffenen Staaten Türkei und Armenien und leistet ihren Beitrag im Sinne der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 16.05.2005 durch die Förderung von dazu geeigneten Initiativen.

Die Entscheidung über die Errichtung von Gedenkstätten durch die in der Bundesrepublik ansässige Gemeinschaft der Armenier und andere von den Ereignissen 1915/16 betroffene Volksgruppen liegt in der Kompetenz der jeweiligen deutschen Städte und Gemeinden und unterliegt nicht der Genehmigung durch die Bundesregierung.

Mit freundlichen Grüßen

Nell